

39. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. April 2005

Inhalt

Gemeinsame Entwicklungsstrategie Nord-West

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, der CDU
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. März 2005
(Drucksache 16/566)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. April 2005

(Drucksache 16/587)

Europäische Metropolregion Bremen/Olden- burg im Nordwesten

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. April 2005
(Drucksache 16/586)

Abg. Dr. Sieling (SPD)	2443
Abg. Focke (CDU)	2446
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .	2447
Abg. Dr. Sieling (SPD)	2448
Senator Eckhoff	2449
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .	2450
Bürgermeister Dr. Scherf	2451
Abstimmung	2452

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes****Schriftführerin Bösch**

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Staatsrat **Professor Dr. Hoffmann** (Senatskanzlei)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 39. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Erwachsenen-schule Bremen, Metallarbeiter im ersten Ausbildungs-jahr vom Berufsbildungswerk Bremen und Mitglieder des Parlaments der Provinz Groningen, die unter der Leitung ihres Vorsitzenden, des Kommissars der Königin, Herrn Hans Alders, Bremen und Wilhelmshaven einen Besuch abstatten. Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Kolleginnen und Kollegen aus Groningen wird es um 13 Uhr noch einen besonderen Empfang hier im Haus der Bremischen Bürgerschaft geben, wo wir uns dann über die Besonderheiten des Landes Bremen austauschen werden. Ich freue mich darauf.

(B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf im Namen des Hauses Herrn Schmidtman ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen für das neue Lebensjahr viel Erfolg, Gesundheit und weiterhin gute Zusammenarbeit hier im Hause der Bremischen Bürgerschaft!

(Abg. S c h m i d t m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank, Herr Präsident!)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Gemeinsame Entwicklungsstrategie Nord-West

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. März 2005
(Drucksache 16/566)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. April 2005

(Drucksache 16/587)

Wir verbinden hiermit:

Europäische Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten (C)

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. April 2005
(Drucksache 16/586)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf und Senator Eckhoff.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort, Drucksache 16/587, auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Herr Bürgermeister Dr. Scherf und Herr Senator Eckhoff, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen nicht mündlich wiederholen möchten, so dass wir dann gleich in die Debatte eintreten können.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben hier in dieser Bremischen Bürgerschaft schon häufiger diskutiert über die Entwicklung im Nordwestraum und über Themen wie Gemeinsame Landesplanung. Heute aber haben wir eine Diskussion und eine Beratung, die in einer Weise ein Novum darstellt, und zwar deshalb, weil wir heute Vormittag nicht nur hier in Bremen über dieses Thema diskutieren, sondern im Laufe dieses Vormittags auch in Hannover im Niedersächsischen Landtag über dieselbe Fragestellung und im Übrigen auch über dieselbe Große Anfrage und die darauf erfolgte Antwort natürlich der niedersächsischen Landesregierung debattiert wird. (D)

Ich will mich aber als Erstes noch einmal herzlich bedanken beim Bürgerschaftspräsidium und auch bei den Fraktionsspitzen, dass sie es ermöglicht haben, dass wir das hier in der Bremischen Bürgerschaft in die Richtung austarieren, weil gestern alle den frühen Feierabend genossen haben, wir eine kurze Tagesordnung hatten und wir heute Morgen als Landtag zusammengetreten sind, um diese Gleichrangigkeit mit Niedersachsen und diese symbolische gemeinsame Diskussion zu dem Thema zu realisieren. Herzlichen Dank dafür, dass das möglich gemacht worden ist!

Zum Inhalt gibt es auch etwas, zu dem man sagen muss, dass es erstaunlich ist. Es ist insofern erstaunlich, als dass die Große Anfrage, die dem heute zugrunde liegt, nicht nur hier von den Frage- und Themenstellungen in dieser Bürgerschaft von allen Fraktionen so geteilt und formuliert worden ist, sondern auch im Niedersächsischen Landtag dort von vier Fraktionen, SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) FDP. Das sind alle Fraktionen in Niedersachsen – und ich darf das vielleicht sagen –, und so etwas ist in Niedersachsen noch eine größere Überraschung, weil dort natürlich nach dem noch nicht so lange zurückliegenden Regierungswechsel gemeinsames Handeln eher schwieriger herzustellen ist, als dass wir hier häufig, finde ich, eine sehr gute Praxis bei wichtigen Themen haben.

Ich will auch offen vor dem Hintergrund sagen, das ist ja geboren im parlamentarischen Beirat Bremen/Niedersachsen, in dem die Bremische Bürgerschaft und der Niedersächsische Landtag jeweils fünf Abgeordnete haben. Wir sind aus Bremen darin vertreten mit der Kollegin Frau Krusche von den Grünen, Herrn Focke und Herrn Imhoff von der CDU sowie Herrn Schildt und mir von der SPD. Ich habe den Vorsitz und habe im September dort vorgeschlagen, dass wir einmal ein solches Projekt einer gemeinsamen parlamentarischen Debatte angehen sollten, im Kern deshalb, weil ich finde, dass die Entwicklung der Region in sehr starker Weise zwar diskutiert wird in den Städten, Gemeinden, Landkreisen und eben den unterschiedlichen beteiligten Gebietskörperschaften gerade auf der niedersächsischen Seite, dort auch ein großes Engagement ist genauso wie auf der bremischen Seite, dass das aber alles sehr stark noch auf der Verwaltungsebene spielt, auf der anderen Seite die beiden Landesregierungen Bremen und Niedersachsen zusammen eigentlich in einem doch einigermaßen regelmäßigen Turnus, muss man sagen, ihre Kabinettsitzungen haben, wir aber auf der parlamentarischen Ebene, auf der Ebene der Volksvertretung, diesen Zusammenhalt noch nicht haben.

Ich sage aber auch, als ich das im September angeregt habe, dass wir einen solchen Vorgang machen, dass ich auch gleich Plan B und C im Kopf hatte, weil ich mir eigentlich vor dem Hintergrund drei Fraktionen in Bremen, vier in Niedersachsen kaum vorstellen konnte, dass wir das hinbekommen. Plan B wäre gewesen, wir machen das vielleicht nur hier in Bremen, oder Plan C, es findet zwar in beiden Landtagen statt, aber es macht nur eine Fraktion oder machen nur zwei Fraktionen, die sich zusammenraufen. Das wäre alles viel weniger gewesen. Von daher möchte ich mich auch an der Stelle noch einmal herzlich bedanken dafür, dass die politische Bereitschaft dazu da war, sich auf einen solchen Grundkonsens zu verständigen und zu einer solchen gemeinsamen Herangehensweise zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt ist es aber natürlich so, und ich finde es auch völlig berechtigt, wenn wir das diskutieren, und ich vermute, das geht allen Fraktionen so, es ist doch die Frage: Was soll das eigentlich alles? Wohin soll das führen, und welcher Raum ist dabei eigentlich umfasst?

Ich will als Erstes etwas zu der regionalen Abgrenzung sagen, die heute auch zumindest in einer bremischen Tageszeitung abgebildet war, aber noch nicht einmal vollständig war, denn der Raum umfasst in Wirklichkeit Bremen und Bremerhaven, die jeweiligen Nachbarlandkreise und geht weit natürlich hinein ins Friesische, es geht heran bis an die niederländische Grenze. Vor dem Hintergrund, das will ich auch ausdrücklich sagen, ich weiß nicht, ob es ein Zufall ist, finde ich es hervorragend, dass gerade die Provinz Groningen heute hier vertreten ist, weil wir auch mit diesem Ansatz die Nähe zu den Niederlanden wollen. Wir wollen auch das, was in der Neuen Hanse Interregio begonnen worden ist, aber viel mehr Dynamik gebrauchen könnte, nämlich diese Zusammenarbeit in einer großen Region.

(Beifall)

Auch von meiner Seite noch einmal herzlich willkommen! Das passt richtig gut zu unserem Thema. Damit hat man auch den ersten Begründungszusammenhang, warum das erforderlich ist. In einem größer werdenden Europa, und da ist das Wachstum nicht zu Ende, ist es auch erforderlich, größere politische Handlungsräume zu haben, die einen Zusammenhang für sich darstellen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Aktivitäten, im Hinblick auf verkehrliche Zusammenhänge, aber auch natürlich aufgrund kultureller und heimatbezogener Verflechtungen, die durchaus im Nordwestraum mit Verbindung ins Niederländische hinein bestehen.

Das ist auch der Gedanke, der hinter der Thematik Metropolregion steht. So werden wir uns organisieren müssen, übrigens auch deshalb, weil in Brüssel und auf der europäischen Ebene diskutiert wird, die Regionalförderung nicht mehr nur so auszurichten, dass dort, wo Aktivitäten sind und Kreise, wie wir teilweise in Bremen als Bundesland agieren, sondern die Förderung soll auf größere Räume und größere Regionen ausgerichtet werden. Wer dabei sein und mitspielen will im europäischen Konzert, der muss sich so organisieren, deshalb ist die Zusammenarbeit an der Stelle im Nordwestraum richtig. Darum ist es auch richtig, in Richtung einer Metropolregion zu gehen, wie es der Antrag sagt und wie es auch Ende des Monats in der Raumordnungsministerkonferenz ein Thema sein wird. Das ist Zukunft, das will ich ganz nach vorn stellen.

Diese Diskussion, auch wenn das noch nicht richtig in das politische Bewusstsein, auch nicht in die Diskussionen, die wir in Bremen und Bremerhaven führen, hineingesickert ist, diese Herangehensweise hat viel mit der Zukunft für unsere Region, aber auch für die Zukunft Bremens und Bremerhavens zu tun, denn ich will nicht nur über die wirtschaftlichen Verflechtungen reden, sondern auf uns wird noch so manche Diskussion zukommen. Eine neue Begrün-

(C)

(D)

(A) dung, auch eine erweiterte Begründung der Selbständigkeit des Bundeslandes Bremen wird sein, richtig aktiver Motor im Nordwesten zu sein, wird auch sein, grenzübergreifend diese Region voranzubringen und damit eine neue Stärke aus dem Status des Bundeslandes zu machen. Das gelingt aber nur, wenn man gleichzeitig die Grenzen nicht beseitigt, auch nicht komplett einreißt, aber die Mauern erheblich herunterfährt und zu gemeinsamem Handeln und übrigens auch zu gemeinsamen Handlungsstrukturen kommt, also richtig direkt kooperiert.

Dann ist man bei der Frage: Wie weit sind wir eigentlich mit dieser Zusammenarbeit? Wir sind natürlich noch nicht so weit, richtig gemeinsame leistungsfähige Handlungsstrukturen zu haben. Ich finde, wir sind so weit, dass es eine ganze Reihe von Konsultationen, gemeinsamen Beratungen und Verhandlungen mittlerweile gibt. Dann gibt es natürlich gleichzeitig einen Wildwuchs von Gremien. Das ist immer so in einer solchen Situation. Darüber wird man perspektivisch reden müssen. Es gibt aber vor allem, entstanden in den letzten Jahren, eine Reihe von Projekten, die große Bedeutung im Nordwestraum haben.

Ich will zuerst, nur um diese kurz zu benennen, das Wichtigste sagen, das ist aus meiner Ansicht die Hafenpolitik, Jade Weser Port und CT IV in Bremerhaven, der Zusammenhang an der nordwestdeutschen Küste, eine große Aktivität im Bereich Logistik in Gang zu bringen. Das ist unsere Kernkompetenz, das ist der stärkste und übrigens auch vom wirtschaftlichen Wachstum her am dynamischsten entwickelte Wirtschaftsbereich. Es ist gut und richtig, wenn die Region sich da profiliert und da aktiv ist und dies gemeinsam angeht, gerade auch zwischen den Bundesländern Bremen und Niedersachsen.

(B) Weitere Themen sind die Entwicklung im Tourismusbereich, da gibt es eine ganze Reihe von gemeinsamen Projekten mittlerweile, Nordwest Card ist ein Thema, die Windkraft, bei der natürlich auch diese Region große Standortvorteile hat und wir eine hervorragende Arbeitsteilung haben, und nicht zuletzt die Kooperation im Bereich der Wissenschaft. Auch die Universität Bremen, die Hochschule Bremen und die Hochschule Bremerhaven, also unsere Wissenschaftslandschaft, werden zukünftig nicht mehr allein stehen können, sondern das, was mit dem Hansekolleg in Delmenhorst, auch was an Zusammenarbeit mit Oldenburg besteht, muss erweitert und vertieft werden. Es muss eine Achse herausgebildet werden, schon allein die finanziellen Möglichkeiten werden uns dazu bringen müssen, dies voranzutreiben.

Schaut man sich jetzt die Antworten an – ich sage Antworten, denn wir hatten diskutiert, ob man eine Antwort der beiden Landesregierungen hinbekommt –, werden Sie feststellen, dass es zwei gibt, und die niedersächsische Antwort greift ganz gut diese unterschiedlichen Projektebenen auf, die werden in Bremen nicht wiederholt. Ich will aber jetzt zum Schluss

noch auf zwei Punkte zu sprechen kommen, und zwar auf das, was die Strukturen betrifft. Wir brauchen, meine Damen und Herren, vernünftige, verbindliche Zusammenhänge, und ich finde, da geht die Antwort des bremischen Senats strategisch weiter in einen richtigen und ein bisschen zugespitzteren Punkt. Da wird davon geredet, dass wir zum einen in Bremen und umzu, und für Bremerhaven gilt das auch, so etwas wie einen Zweckverband brauchen. Wir brauchen eine verbindliche Zusammenarbeit, und das muss eine Perspektive sein.

(C)

Das zweite Thema ist auch, dass sich die Landesregierungen weiterhin für die Regionen engagieren müssen. Es hat eine Phase der Verselbständigung der größeren Aktivitäten der Gemeinden, Städte und Landkreise gegeben. Jetzt aber, und das sagt die Antwort des Bremer Senats auch, müssen die Landesregierungen beide wieder vehementer ihre Aktivitäten wahrnehmen. Ich finde, das ist eine richtige Orientierung, auf die gesetzt werden muss.

Ein allerletzter Punkt betrifft noch einmal uns. Da hat es ja, wer die Zeitung im Nordwestraum verfolgt, eine ganz witzige, aber von einigen nicht witzig empfundene Debatte gegeben dadurch, dass Bürgermeister Dr. Scherf der „Nordwest-Zeitung“ ein Interview gegeben hat. Dort ist ihm in den Mund gelegt beziehungsweise die Frage gestellt worden: Was halten Sie eigentlich von einem Metropolparlament? Das hört sich ja gewaltig an, damit ist der gesamte Nordwestraum gemeint. Der Bürgermeister hat sich dazu, wie wir ihn kennen, optimistisch und positiv geäußert. Die Landräte im Raum waren wenig erfreut. Ich will zu der Diskussion sagen, dass ich finde – und ich vermute, da sind wir uns auch sehr einig –, dass dieses Thema nicht auf der Tagesordnung steht und auch nicht das Thema der nächsten Jahre ist. Ich will an der Stelle aber schon sagen – –.

(D)

(Glocke)

Präsident Weber: Sie haben Ihre Redezeit jetzt die dritte Minute überschritten, Herr Dr. Sieling!

Abg. Dr. Sieling (SPD): Dann will ich nur sagen, und damit will ich enden, wenn wir wollen, dass diese Region keine Region der Regierungen, der Exekutiven ist, sondern auch eine Region, die von den Bürgerinnen und Bürgern und den Parlamenten getragen wird, dann werden wir uns mit Blick auf die nächsten zehn, 15 Jahre natürlich damit befassen müssen, ob wir nicht so etwas brauchen, was die Region Hannover schon hat – sie hat nämlich schon ein Regionalparlament –, ob wir für das nächste Jahrzehnt auf jeden Fall solche Grundstrukturen organisieren müssen. Das aber wird noch eine Diskussion, und damit verlasse ich das Rednerpult und bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Sieling, das ist natürlich das Pech, wenn man erklären muss, dass man sich in den beiden Landesregierungen überhaupt nicht einig ist, dass man hier neun von zehn Minuten darüber reden muss, um darüber hinwegzukommen und die Differenzen nicht deutlich werden zu lassen. Ich kann Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich bin ein bisschen enttäuscht von dem, was wir hier heute zu diskutieren haben, und ich will auch noch einmal darauf eingehen, wie das eigentlich alles zustande gekommen ist und was wir eigentlich erwartet hätten.

Der parlamentarische Beirat, das ist ja völlig richtig gesagt, der Regionalen Arbeitsgemeinschaft, die seit zwei Jahren sehr erfolgreich hier im Regionalen arbeitet, hatte im September eine wirklich gute Idee. Die Idee kam sogar von dem Landesvorsitzenden unseres Koalitionspartners, Herrn Dr. Sieling.

(B) Nachdem wirklich in der Regionalen Arbeitsgemeinschaft auf Kommunal- und Landesebene gut zusammengearbeitet worden ist und auch Ergebnisse erzielt worden sind und wir auch Abschlüsse gemacht haben – wenn man sich den Intra-Prozess ansieht, wie er sich entwickelt hat und was da jetzt nachher unterschrieben worden ist und wie die Weiterentwicklung vorgesehen ist –, haben sich alle Fraktionen, und das ist wirklich ein bisschen außergewöhnlich, hier aus diesem Haus und auch aus dem Niedersächsischen Landtag zusammengefunden und gesagt, wir machen eine Große Anfrage, wir wollen diese Sache einmal diskutieren, und zwar unter dem Gesichtspunkt: Was haben wir eigentlich geleistet, und ist das gut oder schlecht gewesen? Wir waren der Auffassung, dass etwas Gutes dabei herauskommt, denn sonst hätten wir auch nicht diese Große Anfrage gestellt.

Nachdem das nun alles passiert war und wir unter wirklich vielen unterschiedlichen Ansichten diese Fragen formuliert haben, haben wir dann auch eine gemeinsame Antwort erwartet. Das war ja das Ziel der Sache. Als wir Anfang April in Verden im parlamentarischen Beirat wieder zusammensaßen, sah das ja auch wirklich so aus, als ob die Fachressorts eine sehr schöne, runde und gute Antwort auf unsere Große Anfrage gegeben haben. Wir waren alle zufrieden und auch relativ stolz, weil wir das alles, auch den Zeitpunkt, ganz gut hinbekommen haben, und dann musste es nur noch durch die Kabinette. Die Niedersachsen hatten damit wohl keine großen Probleme, und hier haben wir eigentlich auch nicht mit Problemen gerechnet, bis dann plötzlich die Senatskanzlei ein „Stopp!“ davor setzte und sagte, so geht das alles nicht, und das wollen wir alles ganz anders, und

*) Vom Redner nicht überprüft.

dann haben wir eine eigene Antwort unter dem Mantel und der Rubrik der Senatskanzlei vorgelegt.

(C)

Das Fachressort war nicht mehr gefragt, das kann es wahrscheinlich nicht richtig, also musste die Senatskanzlei heran und alles umändern. Sie hat dann aus dieser Anfrage, die ja zig Seiten hat, zwei, drei Seiten gemacht mit ein paar Formulierungen, die eher ins Negative gehen und sagen, das ist alles noch nicht richtig gut in der Struktur, einiges war positiv, aber wir haben noch längst nicht die Form gefunden. So geht das dann auf und ab, während die Antwort der niedersächsischen Landesregierung sehr gut beschreibt, wie viel sich in den letzten Jahren in der gemeinsamen Zusammenarbeit zwischen Bremen und der Region um Bremen herum in Niedersachsen eigentlich getan hat.

Da man nun nicht anders umhin konnte, hat man dann bei zwei oder drei Fragen auf die niedersächsische Antwort verwiesen. Ich finde, man hat sich hier doch etwas vergeben, meine Damen und Herren. Man hätte ja aus der bremischen Sicht die Dinge auch positiv darstellen können, die wir mit unserem Nachbarland Niedersachsen auch wirklich gut erreicht haben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir schon einmal vor einigen Jahren das so genannte Hoffmann-Papier hatten, das zu einer erheblichen Verärgerung mit dem Umland geführt hat und nach dem wir lange gebraucht haben, unter anderem in dieser gemeinsamen oder regionalen Landesplanung, diese Sache wieder aufzuarbeiten und zu einem guten Miteinander zu kommen, wo wir jetzt wirklich auf gutem Wege sind, meine Damen und Herren. Da ist es nicht schön, wenn wir jetzt so differenziert an die Sache herangehen.

(D)

Herr Dr. Sieling hat das eben so ein bisschen vorsichtig angesprochen, dass die Aussage zum Metropolparlament Herrn Bürgermeister Dr. Scherf sozusagen in den Mund gelegt worden ist, das mag ja vielleicht sein. Jedenfalls hat sie verheerende Wirkungen ausgelöst, denn gleich heute liest man natürlich die Schlagzeilen: „Oldenburg lässt sich nicht unterbuttern“, „Kommunen lehnen Scherfs Idee strikt ab“, und so geht es weiter in diesem Artikel, und man hat das Gefühl, wir sind wieder in das Jahr 2000 zurückgefallen. Das darf es eigentlich nicht geben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Gerade im Zusammenhang mit den eigentlich auf gutem Wege befindlichen Diskussionen mit der Region auch zu diesem Antrag Metropolfunktion Bremen/Oldenburg, also zu den sieben bisher beschlossenen Metropolregionen eine weitere hinzuzufügen, haben wir uns vorgenommen, den Raum Bremen/Oldenburg mit aufzunehmen, damit wir eben auch von den positiven Dingen profitieren können, die die anderen Metropolen davon haben wollen. Da dür-

(A) fen wir auch die Landkreise nicht auslassen, zum Beispiel um Oldenburg herum. Diese haben sich schon gemeldet und gefragt, was denn das eigentlich sei, Oldenburg/Bremen, und Cloppenburg werde jetzt nicht mehr genannt, das gehöre doch dazu. Die Region Bremen/Oldenburg besteht ja nicht nur aus der Stadt Bremen und der Stadt Oldenburg, sondern aus einer Region mit über zwei Millionen Einwohnern, und das macht ja auch die Stärke aus. Insofern müssen wir da auch vorsichtig sein, dass wir die anderen nicht vergreifen.

Ich will jetzt zur Beantwortung der ersten Frage als Beispiel sagen, warum ich sehr enttäuscht bin, dass da nun von uns nichts gesagt worden ist. Über die Inhalte ist überhaupt nichts in dieser Großen Anfrage gesagt worden, sondern es geht nur um die Zusammenarbeit und wie die Strukturen besser abgestimmt werden können. Das ist eine konkrete Frage gewesen, wie die regelmäßigen Koordinierungsgespräche verlaufen sollen und in welchen Wirtschaftsföhen. Da hat es eine lange Antwort gegeben, was alles stattgefunden hat, was gut stattgefunden hat, wo es gute Sachen gibt.

(B) Die Entdecker-Card im Tourismus-Bereich zum Beispiel ist doch eine Entwicklung, die hier aus Bremen erfolgt ist. Die Niedersachsen haben sich jetzt auf die Fahnen geschrieben, dass die Entdecker-Card aus Niedersachsen kommt. Es ist aber mit eine große Idee von uns. Wir hatten es ja nicht nötig, das dort in die Antwort aufzunehmen. Also stellen wir unsere Arbeit, die wir hier seit Jahren geleistet haben, auch die unserer Ressorts und einzelner Wirtschaftsverbände, weit unter den Scheffel. Wir haben viel mehr dazu beigetragen, diese Region zu verbessern und zu verzahnen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen bin ich etwas enttäuscht und hätte mir gewünscht, dass man sich doch noch zusammengerauft und eine gemeinsame Antwort hinbekommen hätten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Sieling, wo Herr Focke Recht hat, hat er Recht, das einmal vorweggeschickt!

(Beifall bei der CDU)

Erst einmal aber zum Positiven: Niemand freut sich so wie wir, Fraktion und Partei Bündnis 90/Die Grünen, in Bremen und in der Region, dass wir eine Metropolregion Bremen/Oldenburg werden wollen. Wir freuen uns, weil wir Grünen seit 15 Jahren eine ver-

bindliche Zusammenarbeit in dieser Region für unverzichtbar und auch unvermeidbar halten. Gerade wenn Bremen als Bundesland selbständig bleiben will, gibt es dazu unserer Meinung nach keine Alternative.

Wir freuen uns, selbst wenn der Senat zum Jagen getragen werden musste und wir jetzt als elfte, ich betone als elfte, Region in der Republik in letzter Sekunde auf den Zug springen. Das zeigt, der Senat aus SPD und CDU verschnarcht jahrelang trotz engagierter Senatoren wie Frau Wischer und Herrn Eckhoff die Zukunft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Elf Metropolregionen in Deutschland sind Ausdruck deutscher Kleinstaaterei, aber darüber will ich jetzt nicht reden, das ist eine andere Debatte.

Für uns Grüne ist wichtig, dass die verbindliche Zusammenarbeit, und da gebe ich Herrn Dr. Sieling Recht, am besten bis nach Groningen vorankommt. Dazu gehört, dass der Senat auch dann, wenn diese Region in der EU nicht die erhoffte Resonanz findet, sie nicht wie eine heiße Kartoffel fallen lassen darf wie in dieser Woche die Kulturhauptstadtidee. Da setze ich allerdings auf die Bürgerschaft. Wir Grünen sind all die Jahre viel regionaler gewesen als so mancher Senator in der Vergangenheit. Die Diskussion um Metropolregionen in Europa hat Schwung in die oft zähen und kleinteiligen Debatten über regionale Zusammenarbeit gebracht.

Das ist gut so, weil Europa nicht auf uns wartet und wir selbst in die Puschen kommen müssen. Ab 2007 ändert sich die Förderkulisse der EU. Regionen stehen national und europaweit im Wettbewerb zueinander. Unsere Region darf kein weißer Fleck auf der deutschen und europäischen Landkarte sein! Unsere Region kommt spät in Fahrt, aber ich sage auch, hoffentlich nicht zu spät, und darum ist es gut, dass heute sowohl der Niedersächsische Landtag als auch unser Landtag die Anerkennung von Bremen/Oldenburg als Metropolregion im Nordwesten fordern.

Metropolregionen sind räumlich nicht genau abgegrenzt. Daher wird auch niemand ausgeschlossen – das ist ja auch eine Sorge –, der dazugehören will. Entscheidend aber für den Erfolg unserer Region im härter werdenden Konkurrenzkampf wird sein, ob es schnell gelingt, Konkurrenzen innerhalb unserer Region zugunsten einer gemeinsamen Strategie zu überwinden. Unsere Region muss ein unverwechselbares Profil haben. Sie muss sich über ihre Stärken verständigen und erkennbar und unterscheidbar von anderen Regionen sein.

Wenn ich mir, und da komme ich zu Herrn Fockes Kritik, in Antwort des Senats und die Antwort der niedersächsischen Landesregierung auf unsere länderübergreifende Große Anfrage anschau, dann stelle ich zunächst einmal fest, dass die Antworten

(C)

(D)

- (A) in der Ausführlichkeit sehr unterschiedlich ausfallen. Die Antwort des Bremer Senats kann ich hier nur als dürftig bezeichnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von einer gemeinsamen Antwort scheinen beide Landesregierungen noch weit entfernt. Wir Grünen hätten uns eine enge Verzahnung beider Antworten gewünscht, stattdessen überlässt es der Bremer Senat vor allem Niedersachsen, einzelne gemeinsame Projekte aufzulisten. Dabei haben beide Landesregierungen schon im Jahr 2002 beschlossen, und ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten, „eine gemeinsame Entwicklungsstrategie zur Strukturpolitik in der Nordwestregion zu erarbeiten, die die derzeitigen Handlungsansätze bündelt und Grundlage einer strukturpolitischen Gesamtoffensive werden kann“.

Wir haben jetzt das Jahr 2005, und der Senat stellt in seiner Antwort auf unsere Fragen fest, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Die gemeinsame Konkretisierung dieses Auftrages ist noch nicht erreicht worden.“ Noch ein weiteres Zitat: „Es ist allerdings bisher noch nicht gelungen, eine von beiden Landesregierungen abgestimmte und getragene Strategie zu formulieren und dafür eine angemessene Organisation zur Umsetzung dieser Strategie für den Nordwesten zu schaffen.“

- (B) Meine Damen und Herren, das klingt alles andere als ermutigend. Wir hätten hier doch gern gewusst, und das geht in Richtung Bürgermeister Scherf, woran es denn gehapert hat und wie der Senat weiterkommen will auf dem Weg zu einer Metropolregion. Mit diesem Schneckentempo ist es jedenfalls nicht getan! Mein Eindruck ist, dass die beiden Landesparlamente viel weiter sind als ihre Regierungen. Wir Grünen erwarten, dass beide Kabinette sich nicht hinter alten Strukturen und Ländergrenzen verschanzen oder Einzelprojekte auflisten. Wir wollen, dass es ein Leitbild mit den Stärken der Region gibt, das gegenüber anderen Regionen seine Besonderheiten und seine Alleinstellungsmerkmale herausstellt.

Wir brauchen eine regionale Vision. Wir brauchen auch eine Startorganisation, die dem Ganzen nachdrücklichen Schub verleiht, und wir brauchen ein Gesicht für die Region, so dass auch für alle Menschen, die in der Region leben oder in unsere Region kommen wollen, Metropolregion nicht nur ein Schlagwort ist, sondern dass es schließlich auch um die Lebensqualität der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger geht.

Für Bündnis 90/Die Grünen ist die Nordwestregion oder, jetzt neu, Metropolregion Bremen/Oldenburg nur dann zukunftsfähig, und das sage ich hier mit allem Nachdruck, wenn sie auf Prinzipien der Nachhaltigkeit beruht. Das gilt aus unserer Sicht vor allem für den Flächenverbrauch in Bremen, aber auch in der Region, das gilt für eine nachhaltige Energiepolitik, und es gilt natürlich vor allem auch für eine

nachhaltige und umweltfreundliche Verkehrspolitik. Da habe ich meine Zweifel, ob wir hier schon auf dem richtigen Weg sind, aber wir Grünen setzen auf eine umweltfreundliche, auf eine moderne und zukunftsfähige Metropolregion. Vor allem aber wollen wir, dass der Senat endlich aus seinem Dornröschenschlaf erwacht. – Herzlichen Dank!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, ich finde nicht, dass der Kollege Focke im Kern der Argumentation Recht hatte, sondern er hatte Unrecht, und ich finde, Sie haben an der Stelle auch Unrecht.

(Abg. **F o c k e** [CDU]: Ich habe mich nur enttäuscht geäußert, ich könnte mich auch anders äußern!)

Ich kann mir das vorstellen!

Natürlich ist die niedersächsische Antwort, die übrigens durchaus mit Hilfe und Unterstützung aus Bremen auch so entstanden ist, differenzierter, was die einzelnen Projekte und Herangehensweisen betrifft. Aber ich jedenfalls habe diese Große Anfrage nie so angelegt, dass die beiden Landesregierungen in Jubelstimmung ausbrechen und sagen können, was sie alles schon prächtig produziert haben, sondern es ging doch eher darum, den Finger in die Wunde zu legen, denn wir sollten uns doch über eines klar sein: Eine Entdecker-Card allein macht keine Region und erst recht keine Metropolregion. Es geht um die Frage, mit welcher strategischen und politischen Herangehensweise man das Ganze verbindet. Da sind wir noch ganz am Anfang.

(D)

Ich verstehe deshalb an der Stelle dieses Argument von Karin Krusche auch nicht so ganz, denn man muss doch, wenn man hier weiterkommen will, in der Tat an die Dinge herangehen, die nur in der Bremer Antwort stehen, nämlich die Frage nach einer richtig verbindlichen Verbandsstruktur. Das muss man nicht morgen realisieren, weil das nicht geht, aber man muss es ins Auge fassen, ebenso wie die vertiefte Zusammenarbeit zwischen beiden Landesregierungen.

Klar, ich bin hier weit davon entfernt, dem Senat einen Freifahrtschein auszustellen. Ich war es, glaube ich, zuallererst, der sich gewaltig darüber geärgert hat, wie lange es gedauert hat, bis diese Antwort den Senat passieren können und wie da hin- und hergeschoben worden ist und wie lange das im Rathaus liegen geblieben ist, natürlich auch bei dem hochgeschätzten Staatsrat, den ich ab und zu auch einmal

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) ganz gern den „regierenden Bürgermeister“ nenne, weil er immer an die Dinge auch sehr konkret herangeht. Aber trotzdem ist dieser Punkt im Kern richtig als Problem angesprochen, und er stellt uns allen gemeinsam eine Aufgabe, an die wir herangehen müssen.

Ich will das Thema Metropolregion und Metropolparlament noch einmal aufgreifen, Kollege Focke hatte das angesprochen. Natürlich, das ist ja gesagt, es steht nicht auf der Tagesordnung, und natürlich sorgt das erst einmal für Aufregung. Aber ich finde, wenn wir in dieser Frage, in der wir mittlerweile eine große Gemeinsamkeit haben, nur Friede, Freude, Eierkuchen machen und nicht Punkte benennen, die die Perspektive betreffen, dann kommen wir auch nicht weiter. Unter Freunden muss man sich auch reiben, wenn man Fortschritte erzielen will. Ich kann das gut sagen, denn es sind ja fast alles sozialdemokratische Landräte gewesen, bis auf den in Cloppenburg, glaube ich.

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n [CDU]:
Das wäre auch eine Überraschung!)

In Cloppenburg haben wir mittlerweile einen Bürgermeister von der SPD gegen den CDU-Kandidaten.

(Zuruf von der CDU)

- (B) In Vechta ist das, umso besser! Cloppenburg kommt bald!

Ich finde das eine gute Angelegenheit. Es sind sozialdemokratische Landräte, aber ich selbst, der Senator sowieso und Henning Scherf mit Sicherheit sind ja auch im Gespräch mit diesen Leuten. Natürlich haben die ein Interesse an der Entwicklung der Region, aber sie sind an der Stelle noch etwas gebremster. Trotzdem weiß ich, dass man mit denen vernünftig über solche Sachen diskutieren kann und über die Frage, dass wir, wenn wir Metropolregion werden, wenn die Raumordnungsministerkonferenz das beschließt, sofort diesen Aspekt angehen müssen, wie wir denn eigentlich die Strukturen auch organisieren und sortieren, damit wir nicht einen Wust an Gremien bekommen. Wir müssen aber vor allem die Frage angehen, welche Projekte es sein sollen, die einer solchen Region das richtige Gesicht geben.

Ich will an der Stelle noch einmal sagen, dass ich es begrüße, dass wir hier einen gemeinsamen Antrag zu dem Thema hinbekommen haben, weil wir Rückenwind dafür organisieren wollen und auch für das, was der Senat von sich aus auch angegangen ist, und ich hoffe auf breite Zustimmung zu diesem Antrag. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte vorwegschicken, dass ich davon überzeugt bin, dass dieses Thema, das wir heute debattieren, mit das entscheidende für die nächsten zehn Jahre werden wird. Die Zusammenarbeit in der Region, das Voranbringen der Region in der veränderten Struktur der Europäischen Union wird nicht nur für das Bundesland Bremen, sondern für die gesamte Nordwestregion von entscheidender Bedeutung sein.

Wenn ich das so sagen darf, bei all den Debattenbeiträgen, die bisher heute geleistet wurden, finde ich, Frau Krusche, dass wir in den letzten zwei Jahren enorm vorangekommen sind. Ich will Ihnen die Beispiele sagen. Auf der Ebene der Gemeinden und Kommunen wurde der Intraprozess in der ersten Stufe, der ja schwierig angelaufen war, der von vielen Gemeinden und Kommunen sehr kritisch begleitet wurde und auch bei uns häufig kritisch diskutiert wurde, zu Ende gebracht, und die gemeinsame Resolution ist von 35 der 36 Gemeinden unterschrieben worden. Ich finde, das ist eine sehr gute Ausgangsbasis.

Die Regionale Arbeitsgemeinschaft, die die Landkreise mit berücksichtigt, hat nach einer Auftaktveranstaltung im Januar 2003 in der Strandlust enorm an Fahrt und an Tempo aufgenommen, hatte im letzten Jahr gemeinsam auch mit der RIS eine hervorragende Klausurtagung unter dem Motto „Bestimmen Sie den Kurs Nordwest“, wo man im Endeffekt gesehen hat, dass es in der Region sehr viele Gemeinsamkeiten gibt, diesen Kurs Nordwest auch voranzubringen.

Wenn man dann sieht, dass dieses Thema Metropolregion jetzt innerhalb von kürzester Zeit durch ein einstimmiges Votum der Regionalen Arbeitsgemeinschaft entsprechend unterstützt wurde, dass 17 regionale Organisationen, darunter sechs Industrie- und Handelskammern, am 12. April diese Resolution zur Unterstützung der Metropolregion Bremen-Oldenburg unterschrieben haben, so ist dies ein sehr gutes Zeichen, eine sehr gute Ausgangsbasis für diese Debatte in den nächsten zehn Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich bin zuversichtlich, dass wir auch nach den Beratungen, den Vorberatungen zur Raumordnungsministerkonferenz diesen Rückenwind mitnehmen werden, den wir auch heute durch das Parlament verliehen bekommen. Ich darf mich ganz herzlich bei allen Fraktionen bedanken, die diesen gemeinsamen Antrag unterstützen. Die Vorlage heißt: „Die Ministerkonferenz beschließt,“ – so ist die Beschlussempfehlung – „die Großstadregionen Nürnberg, Hannover, Braunschweig, Göttingen, Rhein-Neckar und Bremen-Oldenburg bei der anstehenden Verabschiedung der Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumentwicklung in den Kreis der europäischen Metropolregionen aufzunehmen.“ Auch dies ist uns gelungen, in den letzten zwei Jahren mit auf den Weg zu bringen. Deshalb haben wir eine hervorragende Ausgangssituation, was die Debatte betrifft.

(C)

(D)

(A) Aber eines ist auch klar: Mit dem Beschluss, wenn er denn in der kommenden Woche erreicht wird, werden wir uns nicht zurücklehnen können, sondern wir werden nach vorne sehen müssen. Wir werden verlässliche Strukturen weiterentwickeln müssen. Wir müssen sehen, wie wir diese Beratungsstrukturen, die es bisher auf der Ebene der Kommunen und auf der Ebene der Landkreise gibt, vor allen Dingen auch unter Berücksichtigung der Veränderung in Niedersachsen, dass die Bezirksregierungen aufgegeben worden sind, unter einem Dach der Metropolregion zusammenfassen. Das wird sicherlich verschiedenste Debatten mit sich bringen.

Ich glaube, der Fehler, den wir machen können, ist, dort als Erstes über ein Parlament nachzudenken, weil die Bevölkerung dann darüber denkt, wir wollten als Erstes wieder irgendwelche Abgeordnetenplätze schaffen. Wir müssen zunächst die Inhalte definieren. Dr. Sieling hat hier einige angesprochen, die auch völlig einvernehmlich sind, Häfen, Logistik, Verkehr, Wissenschaft, Tourismus, aber es gibt weitere Themen, die wir besprechen müssen. Das sind natürlich zum Beispiel auch Themen im Bereich von Gesundheitspolitik, zu der wir uns in Bremen ja im Moment sehr intensive Gedanken machen. Das sind Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der Kulturpolitik. Es geht auch, so will ich das ganz deutlich sagen, wenn man sich die Entwicklung rund um Delmenhorst anschaut, natürlich bis hin in die Möglichkeit, zum Beispiel interkommunale Gewerbegebiete zu schaffen, wenn man sich die Diskussion ansieht, die dort gerade in Delmenhorst läuft.

(B)

Dies wird keine einfache Diskussion, davon bin ich überzeugt, weil dies auch immer etwas damit zu tun haben wird, Kompetenzen abzugeben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber ich finde, wir haben dort gute Vorbilder. Wenn man sich die Entwicklung innerhalb der Europäischen Union ansieht, so war dieses Tempo nur möglich, weil auch dort an der einen oder anderen Stelle Kompetenzen abgegeben wurden.

Ich würde sagen, wir sollten diese Diskussion schleunigst nach nächster Woche angehen. Wir dürfen uns nicht zurücklehnen und zufrieden sagen, jetzt sind wir Metropolregion, sondern wir müssen sie offensiv angehen. Wir müssen versuchen, gemeinsame Vorschläge zu erarbeiten, wie diese verlässlichere, verbindlichere Zusammenarbeit aussehen kann. Ich bin davon überzeugt, dass uns dies auch mit der Region zusammen gelingen wird, weil nämlich die Region die Chance bietet, die im Endeffekt keine Region von denen hat, die da im Moment zur Diskussion stehen. Wir haben alle Ebenen unseres föderativen Aufbaus bis hin zur Landesebene in diesem Modell Bremen-Oldenburg im Nordwesten mit eingeschlossen. Diese Chance, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten wir nutzen. Wir sollten sie offensiv angehen, und ich bin mir sicher, wenn wir zum Jahresende die nächste Runde der Debatte hier wählen, dass

wir dann weitere Vorschläge vorliegen haben, die diese verlässlichen Strukturen schon deutlich nach vorne gebracht haben.

(C)

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Unterstützung zur nächsten Woche zur Raumordnungsministerkonferenz und hoffe, dass wir gemeinsam den sicherlich noch schwierigen Weg gehen können, um dieses Thema, um die Region Bremen-Oldenburg im europäischen Kontext voranzubringen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Eckhoff, ich bin mit Ihnen durchaus der Meinung, dass in den letzten zwei Jahren sehr viel Schwung in die Debatte gekommen ist. Was Kooperation und Zusammenarbeit angeht, haben wir einen großen Schritt nach vorn gemacht. Aber gerade auch der Intraprozess, den Sie angesprochen haben, der wichtig ist als erster Schritt auf dem Weg zu einer Metropolregion, zeigt auch, wo die Probleme dieser verbindlichen Zusammenarbeit liegen – wir erfahren es doch an solchen Themen wie der Entwicklung eines regionalen Einzelhandelskonzepts, eines regionalen Baulandausweisungskonzepts –, sich darüber zu verständigen, wo wir für wen und an welcher Stelle zukünftige Gewerbeflächen entwickeln wollen.

(D)

Ob das immer nur aus der Perspektive Bremens, also unter Wahrung bremischer Interessen, wie der Senat auch sagt, geschieht oder ob wir tatsächlich in der Lage sind, unsere eigenen Interessen, und das gilt für jeden Bürgermeister, zurückzustellen zugunsten einer gemeinsamen Sicht auf die Region, dabei auch eventuell auf eigene Machtbefugnisse zugunsten regionaler Machtbefugnisse zu verzichten, davon wird der Erfolg einer Metropolregion entscheidend abhängen. Das wird eine zukünftige Debatte sein, davon bin ich überzeugt, und da müssen wir, glaube ich, jetzt sehr schnell weiterkommen.

Einen Punkt möchte ich noch aufgreifen, den Herr Focke eben als Kritik geäußert hat, da ich glaube, dass diese Kritik richtig ist. Wir haben viel geschafft, auch aus Bremer Sicht. In der Antwort des Senats steht aber kein Wort davon, und das ist doch das Ärgerliche. Wir sind zum Beispiel Stadt der Wissenschaft, das ist doch ein Pfund, mit dem man auch in der Region wuchern kann. Wir haben uns aufgemacht, Kulturhauptstadt zu werden. Jetzt sind wir es nicht geworden, aber warum kann man den Gedanken der Kulturhauptstadt, die wichtige Rolle, die Bremen für die Kultur spielen kann und könnte für die Region, warum kann man so etwas nicht positiv aufgreifen?

Die Häfen haben eine wichtige Funktion. Darauf hat der Bremer Senat überhaupt nicht hingewiesen.

(A) Mein Eindruck war, und das war vor allen Dingen meine Kritik, dass der Senat völlig leidenschaftslos formal antwortet und uns Parlamentariern, die wir jetzt fraktionsübergreifend deutlich gemacht haben, wie wichtig uns die Region und die Zusammenarbeit in der Region ist, wenig zu sagen hat. Dieser Senat ist offensichtlich bis heute nicht in der Lage, seine eigenen Aktivitäten, was er dann dazu beitragen will, hier in irgendwelchen Sätzen darzustellen. Darüber sind wir Grünen enttäuscht, und wir glauben, wenn sich das nicht schnellstens ändert, dass die Metropolregion dann vor große Schwierigkeiten geraten wird. Wir wollen einfach, dass mehr Dampf kommt, und ich hoffe, Herr Senator Eckhoff, dass Sie Ihren Teil dazu beitragen werden, dass dies geschieht. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

(B) **Bürgermeister Dr. Scherf:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, dass wir uns zu zweit melden. Ich möchte gern auf diese Weise mehreres unterstreichen. Wir haben keinen Gegensatz zueinander. Wir haben eine gemeinsame Einschätzung der gegenwärtigen Lage und auch der zukünftigen Aufgaben. Wir haben auch keinen Gegensatz, wie einige von Ihnen vermuten, zu der niedersächsischen Landesregierung, sondern es gibt eine enge, abgestimmte Zusammenarbeit mit der Landesregierung, die auch dieses große Projekt Metropolregion Bremen-Oldenburg einschließt.

Das wir nicht zu einer insgesamt gemeinsam abgestimmten Antwort kommen, wird von Herrn Focke und auch von Ihnen, Frau Krusche, völlig überschätzt. Die Wahrheit ist, dass wir bei der Darstellung dessen, was wir bisher geschafft haben, voll einer Meinung sind. Wenn Sie das immer wiederholen wollen, gut, dann verstehe ich das, aber es gibt überhaupt keinen Streit darüber, dass alles das, was wir bisher geschafft haben, ein großer Schritt in die richtige Richtung ist. Es ist schön, wenn das möglichst oft, möglichst gründlich und möglichst ausführlich gesagt worden ist.

Das, was uns noch Arbeit macht, aber das darf man doch sagen – Herr Eckhoff hat das eben auch gemacht –, ist, dass wir uns nicht ausruhen dürfen auf dem, was wir gemacht haben. Wir dürfen uns nicht gegenseitig auf die Schultern klopfen und sagen, wir waren wunderbar, seht euch die Bewerbung der Kulturhauptstadt an, das hat uns gewaltig nach vorn gebracht. Nein! Wir wollen gern das, was wir noch nicht gelöst haben, wirklich auf die Tagesordnung bringen.

Was wir im Senat zusätzlich zu dieser gemeinsamen Antwort, die im Niedersächsischen Landtag vorgelegt worden ist und die wir voll teilen, betonen möchten, ist, dass wir natürlich gemeinsam und mit

den Landkreisen, mit der Regionalen Arbeitsgemeinschaft und mit den positiven Erfahrungen, die wir beim Intraprozess gemacht haben, weiterkommen wollen zu verbindlichen Strukturen. Wir müssen zu Verbindlichkeiten kommen. Frau Krusche sagt sogar, sie fordert die Verbindlichkeit. Haben Sie nicht gemerkt, dass das genauso betont wird vom Senat, dass wir diesen Punkt nicht einfach verdrängen wollen? Wir wollen vielmehr verbindliche Strukturen und verbindliche Arbeitsgrundlagen schaffen in dieser Metropolregion. Da sind wir noch nicht am Ende, und da kann man sich nicht zufrieden zurücklegen. Das ist ein dickes Stück Arbeit.

Herr Sieling hat richtig vermutet. Als die nordwestdeutschen Journalisten vorgestern bei mir waren – sie waren hoch motiviert, platzten vor Begeisterung über die Metropolregion –, habe ich eigentlich alles machen wollen, um einen sympathischen Metropolregion-Bremer Bürgermeister abzugeben. Ich wollte ihnen bei ihrer positiven Einschätzung dessen, was da vor uns ist, keinen Miesepeter abgeben und habe fröhlich mit denen geredet. Daraus haben sie nun dieses Interview gemacht. Mich hat das nicht genervt, im Gegenteil. Ich fand, was da in der „Nordwest-Zeitung“ steht, ist eine ganz fröhliche – ich denke, Herr Eckhoff trägt das auch – Adresse des Bremer Senats. Wir sind voll dabei, wir wollen in der Metropolregion Bremen-Oldenburg unseren Schwerpunkt in den nächsten Jahren sehen, und wir glauben, dass da viel Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten bestehen.

Als die Journalisten nach dem Parlament fragten – ich war auf diese Frage nicht vorbereitet, das sage ich jetzt hier auch –, habe ich gesagt: Denken kann ich mir so etwas auch. Ich habe an andere Regionen gedacht, wo das dann schon möglich ist. Warum sollen wir nicht auch deren Erfahrungen mit einbeziehen? Aber zugegeben, das ist nicht das Nächste, das ist nicht das, worüber wir uns jetzt als Erstes verständigen müssen, aber als Perspektive kann ich mir das vorstellen, muss ich das jedenfalls nicht prinzipiell ausschließen.

Dahinter steht übrigens eine positive Erfahrung, die wir bei der Arbeit mit der Regionalen Arbeitsgemeinschaft, bei der Arbeit mit dem Intraprozess gemacht haben. Lieber Herr Eckhoff, Sie müssen aushalten, dass das nicht nur zwei Jahre sind, sondern dass da ein langer Anlauf ist. Dieser lange Anlauf ist Gott sei Dank nicht dadurch unterbrochen worden, dass der Wechsel in der Ressortverantwortlichkeit stattgefunden hat, sondern Sie haben weitergearbeitet. Gut, das finde ich richtig, das braucht Kontinuität.

Wir haben einen langen Anlauf gemacht, und er ist wesentlich von den Parlamentariern unterstützt worden. Es ist aus den Erfahrungen der Neuen Hanse Interregio, die zunächst eine reine administrative Institution war, entnommen. Dort sind ganz langsam die Parlamentarier in das Geschäft gekommen. Aus die-

(C)

(D)

(A) sen Erfahrungen heraus ist bei der RAG und bei dem Intraprozess immer darauf geachtet worden, dass Parlamentarier und Kommunalpolitiker die Sache voll begleiten. Das ist der Hintergrund, warum wir das mit der Metropolregion möglichst gemeinsam, auch über die Parlamente, kommunizieren, begleiten, entwickeln und gestalten müssen. Also, keine Dämonisierung der parlamentarischen Mitwirkung liegt mir am Herzen, sondern eher eine Aufwertung.

Als Letztes: Irgendjemand hat von Hoffmann geredet. Das stimmt, dieses Hoffmann-Papier hat vor sechs Jahren große Verwirrung ausgelöst und war eine Überforderung der regionalpolitischen Kommunikation. Viele haben über dieses Papier geredet, ohne es gelesen zu haben. Ich habe gelernt – auch Reinhard Hoffmann hat das gelernt –, so kann man diesen Prozess nicht gut fördern. Wir müssen nicht über komplizierte, verfassungspolitisch hochkompetente, hochintelligente, übrigens auch akzeptierte, aber eben nur von den Verfassungspolitikern nachvollzogenen Positionen versuchen voranzukommen. Wir müssen insbesondere konkrete Erfahrungen machen. Wir müssen konkrete Schritte machen, uns über Projekte verständigen, und wir müssen in Arbeitsfeldern enger zusammenkommen. Wir müssen den Menschen zeigen, das kann man greifen.

(B) Diese Metropolregion ist nicht ein Phantasieprodukt der Politik, sondern sie kann leben. Darum finde ich so gut, dass wir im Verkehrsverbund inzwischen Tag für Tag, bis tief in die Nacht, den Leuten zeigen können, dass das funktioniert. Es funktioniert viel besser als vorher. Ich finde sogar, so etwas wie die Nordwestbahn ist ein tolles Ding. Sie fährt jeden Tag für unsere Region Reklame, weil sie so schmuck ist und weil die Leute lernen, das ist es. Oder was wir bei den Wissenschaftsprojekten gemacht haben! Das hat sich in Delmenhorst zum Beispiel durchgesetzt! Ich weiß noch, als wir damit angefangen haben, wie misstrauisch die Leute waren: Wie könnt ihr in einer Stadt wie Delmenhorst so etwas machen? Die haben doch überhaupt keinen Bezug zur Wissenschaft! Nun ist es ein unumstrittenes, hoch akzeptiertes Projekt geworden mit viel, viel Leben. So etwas brauchen wir.

Dazu gehört – Herr Sieling hat Recht – der große Hafen. Er stiftet Metropolregionidentität in einem wirklich potenzierten Maße. Ihr lieben Grünen, das

müsst ihr mit uns gemeinsam machen! Ihr müsst mit uns sagen, Hafenpolitik, internationale Politik und Verkehrspolitik, das ist Regionalpolitik, das ist Metropolregionpolitik! (C)

(Beifall bei der SPD – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht die Bedenkenträger machen da den Rhythmus, sondern die, die Wachstum wollen, die Arbeitsplätze suchen, die zusätzlich etwas an Investitionen bei uns in dieser Region mobilisieren wollen. Ich würde mich freuen, wenn wir das auch gemeinsam machen könnten. Jedenfalls glaube ich, dass wir nicht am Ende der Entwicklung sind, sondern dass wir eine große Aufgabe vor uns haben, und ich freue mich, wenn das Parlament dabei ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 16/586 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe! (D)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Antwort des Senats Kenntnis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit wären wir an das Ende der Tagesordnung der Landtagssitzung gekommen.

Ich schließe die Sitzung des Landtags.

(Schluss der Sitzung 10.58 Uhr.)